

## FORUM III, PANEL 2:

---

### **„WELLENBRECHER UND QUERFUNKER: GEBÜHRENTZAHLER GEGEN DEN MAINSTREAM“**

„Im Seichten kann man nicht ertrinken“ – immer häufiger wird dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Vorwurf gemacht, er habe sich diese Weisheit von TV-Manager Helmut Thoma zu eigen gemacht. Die Klagen über die Verflachung des Programms, die Dominanz der Unterhaltung und die Entpolitisierung der Programme nehmen kein Ende.

Dem öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm wird von Kritikern vorgeworfen, es werde zu sehr in Kästchen gedacht. Die Formatierung lässt keinen Raum mehr für originelle Produktionen. Die Politikmagazine wurden gekürzt, politische und kritische Berichterstattung wird ebenso wie das dokumentarische Fernsehen zunehmend an den Rand gedrängt. Die durchgängige Vorgabe an Sendungen in der Prime Time, sie müssten zehn Prozent Marktanteil erreichen, führe dazu, dass nur noch Programme produziert würden, die dem Massengeschmack entsprächen. Die Redakteure in den öffentlich-rechtlichen Anstalten wagten nichts mehr,

Die Umgestaltung der Kultur- und Wortprogramme in vielen Sendern zum Tagesbegleitprogramm hat in den vergangenen Jahren heftige Proteste der Hörer hervorgerufen. In Hamburg gründete sich die Initiative „Das ganze Werk“, die beklagte, dass der Klassiksender nur noch häufig gespielte Werke und diese auch nur noch in Häppchen sende. Zudem sei die Kulturberichterstattung viel werbender und empfehlender geworden als früher. Statt Kulturjournalismus gebe es immer mehr PR. In Berlin machte der Kunstmäzen Peter Raue in einem „Wutanfall“ im „Tagespiegel“ seinem Ärger über das 2003 gegründete neue Kulturradio Luft. Die Zuhörer



würden mit „hirnlosen Trailer“ verdammt, Theaterkritiker hätten gerade noch zwei Minuten Zeit, um Aufführungen zu würdigen müssten. Es bleibe ihnen nicht einmal Zeit, die Namen der Schauspieler zu nennen. Als der HR die Sendung „Der Tag“ abschaffen wollte, gründete sich in Hessen die Initiative „Rette Dein Radio“

Auch die Versuche der Politik, auf Programme und Personalentscheidungen Einfluss zu nehmen, dauern an. Beim ORF führte die Intendantenwahl kurz vor den Wahlen zu einer heftigen Krise. Nach einer kritischen Rede des ORF-Moderators Armin Wolf über die Einflussnahme der Politik auf den ORF gründete sich die Initiative „SOS ORF“, der sich in wenigen Wochen mehr als 70.000 Unterstützer anschlossen. Dann setzte sich überraschend Alexander Wrabetz mit Unterstützung einer Regenbogenkoalition als neuer Generaldirektor durch. Auch bei WDR und SWR zeichnen sich politische Auseinandersetzungen um die Intendantenwahl ab.

In Österreich wird beklagt, das Programm werde immer provinzieller, aber auch die öffentlich-rechtlichen Dritten in Deutschland setzen zunehmend auf regionale Identität. Kritische politische Berichterstattung findet sich in den dritten Programmen kaum noch (Beispiel HR: „Dienstag, das starke Stück der Woche“ wurde abgeschafft, dafür gibt es seit November 2005 identitätsstärkende Sendungen wie das „Hessenquiz“)

Neue Internetangebote wie [kuechenradio.org](http://kuechenradio.org) oder [Ehrensenf.de](http://Ehrensenf.de) machen deutlich, dass auch professionelle Programmierer ihre Vorstellungen von gutem Programm immer weniger in den öffentlich-rechtlichen (und privaten) Sendern durchsetzen können. Gleichzeitig wird es im Internet für Macher und Kreative immer einfacher, die eigenen Vorstellungen von gutem Programm zu verwirklichen. Küchenradio-Macher Philipp Banse sagt, im professionellen Radio werde alles glatt gebügelt: Interviews werden geschnitten, die Ähs, Pause, Stottern werden herausgenommen. Leute mit Sprachfehlern oder Dialekt hätten gar keine Chance, in dem Medium zu Wort zu kommen – „Küchenradio“ ist „spontan, roh und ungeplant“ und damit, so die Macher, praktische Medienkritik.



1. Wie macht sich in den öffentlich-rechtlichen Sendern die Einflussnahme politischer Parteien bemerkbar? (Beispiele!)
2. Spezialfall Österreich: Kann das neu gegründete Privatfernsehen in Österreich ein Gegengewicht sein und der politischen Berichterstattung neues Profil geben?
3. Was muss passieren, damit das Programm unabhängiger wird und es auch bleibt?
4. Ein gemeinsames Problem der öffentlich-rechtlichen Anstalten in Österreich und Deutschland scheint zu sein, dass kaum noch selbstkritisch über die eigenen Programme diskutiert wird. Wo finden solche Diskussionen noch statt?
5. Können die Rundfunkräte (wie etwa im Fall RBB) eine solche selbstkritische Debatte fördern?
6. Können Zuschauer- und Hörerinitiativen Einfluss auf das Programm nehmen?
7. Müssten nicht die Gebührenzahler selbst sich – ähnlich wie in Spanien – zusammenschließen, um ein besseres Programm einzufordern?
8. Podcasts und Sendergründungen im Internet machen den professionellen Radiosendern Konkurrenz. Wie wird sich die Medienlandschaft in den kommenden Jahren verändern?
9. Werden bald alle zu Sendern und wer übernimmt in der sich immer weiter zersplitternden Medienlandschaft die Integrationsfunktion?

## **Wellenbrecher und Querfunker: Gebührenzahler gegen den Mainstream**

*Miriam Schröder (Berichterstatterin)*

„Nichts geringeres als die Rettung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ wollte die Moderatorin Diemut Roether diskutieren. Teilnehmer waren der Journalist Philip Banse, Ex-Innenminister Gerhart Baum, der Lehrer und Musikliebhaber Theodor Clostermann, die SWR-Rundfunkrätin Heike Raab, der Österreichische Herausgeber und Publizist Armin Turnher und ZDF-Verwaltungsdirektor Hans-Joachim Suchan. Bei so unterschiedlichen Hintergründen erstaunt es wenig, dass die Diskutanten ihre Zeit brauchten um zu klären, wovor sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk retten müssen.

Da ging es zum Einen um die Frage: Wieviel Einfluss darf die Politik auf einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk nehmen? Da ging es zweitens um die Frage: Wie anspruchsvoll muss das Programm des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks sein, damit die Finanzierung durch Gebühren gerechtfertigt ist? Drittens ging es auch in dieser Diskussion um die „digitale Revolution“, um die Frage, was die Entwicklung von neuen, innovativen Formaten im Internet für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedeutet. Bedrohung oder Chance?

Politiker, die Einfluss nehmen auf das, was im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesagt und gezeigt wird – für Armin Turnher, Herausgeber der Wiener Stadtzeitung „Falter“ nicht nur drohende Gefahr, sondern traurige Realität seit Bestehen des ORF. Früher hätten die Parteien den Sender dominiert. Der ehemalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel versprach eine konsequente „Entparteiopolitisierung“ des ORF – und machte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Sprachrohr seiner Regierung aus ÖVP und Haider's FPÖ. Die Regierung bestimmte darüber, wer das Sagen hatte beim ORF und auch darüber, wer in welchen Talkshows saß, wer interviewt wurde und wer interviewen durfte.

Der österreichischen Presse, die von „hoher Konzentration“ geprägt sei, wirft Turnher vor, nicht ausreichend über die Verknüpfung von politischer Macht und Medienmacht berichtet zu haben. Erst eine Bürgerinitiative „SOS ORF“, vorwiegend über das Internet organisiert, schaffte das Unglaubliche: Die Wahl des neuen ORF-Generaldirektors fiel nicht, wie erwartet, auf die Kandidatin der Regierung, sondern auf einen unabhängigen Kandidaten. Auch Gerhart Baum betonte die Bedeutung einer freien und pluralistischen Medienlandschaft. „Das Einzige, was gegen Einflussnahme hilft, ist Öffentlichkeit.“

Der freie Journalist Philip Banse berichtete, Beispiele politischer Beeinflussung von Journalisten gebe es auch in Deutschland immer wieder. Er nannte es die „Scheere im Kopf“, die Beiträge passend schnibbelt – passend zur politischen Linie des Arbeitgebers.

Hans Joachim Suchan, Verwaltungsdirektor und SPD-Politiker, sieht den strukturellen Einfluss der Politik auf den Rundfunk begrenzt: Mit dem ZDF habe Adenauer 1960 zwar versucht, ein Staatsfernsehen zu gründen. Die föderale Ordnung der Bundesrepublik aber habe diese Macht dauerhaft gebrochen. Suchan gestand dennoch ein, dass publizistische Unabhängigkeit ein „dauerhafter Kampf“ sei, denn der Versuch, Einfluss zu nehmen, sei immer wieder da und „die Journalisten müssen robust genug sein, diesem Druck widerstehen“. „Das Verfassungsgericht gibt uns Schutz, aber die handelnden Personen müssen ihn auch nutzen.“

Die SPD-Landtagsabgeordnete und SWR-Rundfunkrätin wehrte sich entschieden gegen den Vorwurf, im Rundfunk werde politisch entschieden. Die Zeit, als man Rundfunkanstalten wegen ihrer SPD-Nähe noch „Rotfunk“ nannte, sei doch endgültig vorbei. Raab plädierte dafür, die Gremien als „Spiegelbild der Gesellschaft“ zu begreifen: „Parteien gehören zu unserer Demokratie, darum gehören Parteien auch in die Rundfunkräte“. Auch Armin Turnher sagte mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland: „Die Parteien sind nicht das Problem.“ Denn bei Parteien sei Transparenz leichter einzufordern als bei privaten Investoren.

Auch die zweite große Frage dieser Diskussion ging es um Einflussnahme auf das öffentlich-rechtliche Programm. Wie unabhängig ist der Rundfunk von Kommerz und Quotendruck?

„Der Kulturauftrag wird der Quote geopfert“ sagt Ex-Innenminister Gerhart Baum. Baum ist Mitglied der Hörer-Initiative „Das Ganze Werk“. Deren Sprecher, der Lehrer Theodor Clostermann beklagt den Wandel der öffentlich-rechtlichen Kultursender: Es würden kaum noch ganze Sinfonien oder Konzerte gespielt, sondern nur noch einzelne Sätze. „Meistens Vivaldi“! wirft Baum ein, neuere E-Musik bekäme nur sehr selten eine Chance. Kein Beitrag dauere länger als fünf Minuten, es gebe kaum noch geschlossene Sendungen, zitiert Clostermann aus einer Studie, die Mitglieder seiner Initiative am Radio durchgeführt haben. Musiksendungen würden andauernd durch Wortbeiträge „zerschreddert“, die dann auch noch permanent Werbung machten für Veranstaltungen des Senders.

Baum erklärte, das Verfassungsgericht habe dem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk einen klaren Auftrag zugeschrieben: „Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk findet seine Rechtfertigung nicht darin, dass ihn möglichst viele Menschen einschalten, sondern erst dann, wenn er neben massenattraktiven Sendungen auch anspruchsvolle Sendungen, mit hohem Kostenaufwand im Programm hat, die nur für eine geringe Teilnehmerzahl interessant sind.“ An der Frage, ob dieser Auftrag wahrgenommen wird entscheide sich auch die Grundsatzfrage der EU-Kommission: „Werden die Gebühren zu Recht eingenommen?“

Eine Frage, die sich nicht nur an die Kultursender im Rundfunk richtet, sondern auch an das Unterhaltungsprogramm im Fernsehen. Moderatorin Roether konfrontierte ZDF-Mann Suchan mit der Frage, warum das ZDF mit Telenovelas am Nach-

mittag und Tierarztidylle am Abend den Massen-geschmack bediene, anstatt mehr anspruchsvolle Unterhaltungs- oder Informations-Formate zu produzieren. Für Suchan gehören Formate wie „Julia“ oder „Eine Liebe Gardasee“ durchaus zum öffentlich-rechtlichen Auftrag: „Ein Massenmedium muss Masseninhalte transportieren“. Diese These begründete er mit dem Schlagwort „Audience Flow“, das so viel bedeutet wie: Die Telenovela jubelt dem Zuschauer anschließend auch noch die Nachmittagsnachrichten unter. „Fernsehen ist Verführung“, sagte Suchan. Die Verführungskunst bestehe darin, die Zeit zwischen den Nachrichten so überbrücken, dass der Zuschauer sie im ZDF gucke und nicht bei den Privaten. „Was wir betreiben ist Erziehung zum Vernünftigen – das ist der Auftrag“.

Unterstützung fand Suchan in Rundfunkrätin Raab: „Wir können nicht nur Programm für eine Bildungselite machen“, sagte die SPD-Politikerin, „wir haben auch ganz normale Menschen in Deutschland“. Bei jeder Gebührenerhöhung müsse sie sich anhören: „Das guckt ja sowieso keiner, was Ihr da macht.“ Raab gestand jedoch ein, dass es viel Altbackenes im Fernsehen gebe, zu viele Telenovelas. „Wir müssen schauen, dass wir nicht verwechselbar werden mit anderen Programmen“, warnte sie. „Wir müssen aufpassen“, sagte Raab. Wenn man ein neues Publikum gewinnen wolle, „die Mitte“, „die Familien“, „die Jüngeren“, wenn man die überzeugen wolle, „den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Wert zu akzeptieren“, dann müsse man neue Angebote schaffen: „Neue innovative Produkte, die Kultur vermitteln, aber eine junge, witzige Kultur, die vielleicht weniger Einschaltquoten hat, aber die Entwicklungen zulassen.“

Motor der Innovation könnte die rasante Entwicklung von Medienangeboten im Internet sein. ZDF-Mann Suchan pries das Internet als ideale Möglichkeit, mehr Programm anzubieten, auf Abruf. Gerhart Baum warnte davor, das Medium zu überschätzen. Formate wie das Internet-Magazin Ehrensenf seien ja „ganz amüsant“. Politische Information aber komme nur von den Öffentlich-Rechtlichen.

Dem widersprach auch Philip Banse nicht, der neben seiner freien Tätigkeit für Rundfunk und Print den Internetformat „Küchenradio“ betreibt. „Wir sind kein Gegenentwurf zum Öffentlich-Rechtlichen Fernsehen“, sagte Banse. „Wir sind experimenteller, dadurch entsteht viel Mist, aber auch Dinge, die man nie im Öffentlich-Rechtlichen sehen würde.“ Mithilfe von Video- und Podcast könnten im Internet neue Formate schnell umgesetzt werden. Qualitätsjournalismus aber sei das nicht. Denn Qualitätsjournalismus koste Geld. „Wie sollen wir das leisten? Wir müssen ja tagsüber arbeiten“, so Banse.

Wie ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nun zu retten? „Investiert in den Nachwuchs und in den Qualitätsjournalismus“, so kann die Antwort nach dieser Diskussion nur lauten. Qualitätsjournalismus online oder offline, egal ob Hochkultur, Sport, Politik oder gute Unterhaltung.

## Wellenbrecher und Querfunker: Gebührenzahler gegen den Mainstream

*Gerhart Rudolf Baum*

Es ist höchste Zeit dafür, dass sich das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem auf seinen besonderen Auftrag besinnt, wie er vom Bundesverfassungsgericht wiederholt definiert worden ist. Nur durch strikte Erfüllung gewinnt das System seine Existenzberechtigung und den Anspruch auf Gebührenfinanzierung. Nur durch die Existenz des öffentlich-rechtlichen Systems findet das private System seine Rechtfertigung in den Augen der Verfassungsrichter. Ich möchte den Blick auf einen speziellen Bereich der teilweisen Erosion des Kulturauftrages lenken, und zwar auf die Wahrnehmung des Kulturauftrags durch den öffentlich-rechtlichen Hörfunk in seiner Rolle als Förderer der Musik, insbesondere auch der zeitgenössischen Musik. Das international herausragende Niveau der Musikkultur in unserem Lande ist vor allem auch dieser Förderung zu danken. Sie umfasst die Unterhaltung von Klangkörpern (2,4 % des Gebührenaufkommens), die Vergabe von Kompositionsaufträgen und allgemein die Förderung der Musikszene. Immer noch ist das Niveau hoch. Das deutsche Rundfunksystem gehört zu den besten der Welt. Dennoch: Es gibt überproportionale Etatkürzungen. Das Quotendenken ist allgegenwärtig. Bei einigen Sendern sickert es auch in die Kulturradios ein. Boulevardisierung, Banalisierung und Kommerzialisierung schreiten voran. Die Medien sprechen immer mehr die Sprache des Entertainments. Schlimme Beispiele sind die so genannten Kulturradios von rbb und NDR. „Wir zahlen Gebühren für unsere Unterforderung“, sagte der Komponist Wolfgang Rihm. In Vergessenheit gerät die folgende Feststellung des Bundesverfassungsgerichts: „Die besondere Eigenart des öffentlichen Rundfunks – namentlich seine Finanzierung durch Gebühren – findet erst durch die Erbringung solcher Programmteile ihre Rechtfertigung, die unter kommerziellen Bedingungen notwendig defizitär bleiben. Der öffentlich rechtliche Rundfunk findet seine Rechtfertigung nicht darin, dass sich jeweils möglichst viele Menschen einschalten, sondern erst darin, dass er neben massenattraktiven Sendungen auch anspruchsvolle kulturelle Sendungen, mit einem hohen Kostenaufwand, in seinem Programm hat, die nur für eine geringere Zahl von Teilnehmern von Interesse sind.“ Es ist an der Zeit, dass das Gericht überprüft, ob die Wirklichkeit dem verfassungsrechtlichen Auftrag entspricht. Die anhängige Klage der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist dafür ebenso eine gute Gelegenheit, wie das Verfahren zur Prüfung der Finanzierung der Anstalten durch die Europäische Kommission.

Besonders bedenklich war anlässlich der Gebührenerhöhung die Einmischung einiger Intendanten in die Rundfunkfreiheit, als sie ausdrücklich eine Reduzierung der Klangkörper empfahlen. Die Rundfunkräte wehren sich zum Teil gegen diese Entwicklung, dringen aber selten durch oder verzichten überhaupt darauf, diese Qua-



litätsansprüche geltend zu machen. Es ist mir kein Fall bekannt, dass bei Kontroversen über das Programm, etwa angesichts der Initiativen des „ganzen Werks“ in Hamburg und Berlin die Sender sich an diesem öffentlichen Diskurs beteiligen. Diese Kritik bleibt aus-geblendet. Diese auch verfassungsrechtlichen Grundsatzfeststellungen gelten auch für andere Teile des Programms. Die Énquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat in einer Anhörung des Deutschen Bundestages im Jahre 2005 dazu wichtige Informationen erhalten. Auf diese werde ich mündlich eingehen.



## Wellenbrecher und Querfunker: Gebührenzahler gegen den Mainstream

*Philip Banse*

**Zu 1.:**

Wenn leitende Stellen besetzt werden, zählt oftmals nicht primär journalistisches Können, sondern das richtige Parteibuch. Das ist nicht gut für die Qualität und die Unabhängigkeit. Das Parteibuch des Vorgesetzten vor Augen aktivieren Redakteure die Schere im Kopf, um Ärger zu vermeiden. Politiker werden zu vorsichtig angefasst, weil das Wohl des Senders letztlich von Ihnen abhängt.

**Zu 3.:**

Parteien raus aus dem Verwaltungsrat. Stellenbesetzung nach Kompetenz.

**Zu 7.:**

Würde sicher helfen, da Schweigen bisher als Zustimmung aufgefasst wird.

**Zu 8.:**

Hit-Musik wird als Inhalt an Bedeutung verlieren, weil jeder seine tollsten Hits der xter auf dem iPod hat, totale Rotation, wenn es sein muss. Musikjournalismus könnte wichtiger werden. Denn mancher wird auch mal einen neuen Song hören wollen. Die Info kommt aus diversen Quellen, u.a. von Musikjournalisten im konventionellen Radio. Unterhaltung, Sparten-Spezialistentum und Experimente wandern ins Netz, sind Aufgabe von Podcasts. Der ö-r Rundfunk muss liefern, was Amateure und Ein-Mann-Sender aus Zeit- und Geldmangel nicht leisten können: Recherche und aufwändige Produktionen.

Das traditionelle Radio wird nur im News-Bereich überleben, denn Aktualität gibt es nicht per Podcast. Das Radio jenseits des Tagesgeschehens (Reportagen, Feature, Hörspiele) verliert seine Flüchtigkeit und wird eher konsumiert wie eine Zeitung: Was ich gut finde, wird abonniert und herunter geladen; hie und da probiere ich mal was aus. Aber ich höre, wann es mir passt. Diese nicht-aktuellen Formate werden Renaissance erleben, weil sich die Zahl der Produzenten vervielfacht.

**Zu 9.:**

Was meint Integrationsfunktion? Wenn man auch Filterfunktion sagen kann, denke ich: Die extrem ausdifferenzierte Medienlandschaft ist ein Gewinn vor allem für diejenigen, die Zeit, Geld und Know-How besitzen, um sich in ihr zurechtzufinden. Wer weiß, wo was zu finden ist, erhält Informationen oftmals nicht mehr aus zweiter oder dritter, sondern aus erster Hand. Das Grundrauschen in der digitalen Medienwelt ist allerdings sehr hoch, es gibt sehr viel Müll. Wer keine Zeit, kein Geld, kein Wissen oder keine Lust hat, sich in dieser Welt zu bewegen, wird weiterhin auf traditionelle Massenmedien zurückgreifen (müssen). Sie liefern das Wichtigste aus der analogen und der digitalen Welt – bekömmlich aufgearbeitet, aber nur in begrenztem Umfang. Die traditionellen Flugschiffe im Print, HF und TV werden also an Bedeutung verlieren, aber ihre Funktion bleibt, wenn auch erweitert, erhalten.

## Wellenbrecher und Querfunker: Gebührenzahler gegen den Mainstream

*Theodor Clostermann*

**Vorbemerkung:** Die Kräfte, die bewirken, dass der NDR bzw. die Programmverantwortlichen von NDR Kultur bisher nach außen so unnachgiebig die kulturelle Herunter-Nivellierung des Programms beibehalten, werden in den folgenden Fragen nicht benannt. Deshalb möchte ich hier nur thesenhaft andeuten, dass es meines Erachtens mit dem Wirken von NDR-Intendant Prof. Jobst Plog zusammenhängt, als dessen wichtigste programmliche Leistung der NDR auf seiner Homepage herausstellt: **„Mit mehreren Reformen in Hörfunk und Fernsehen trieb Plog den Umbau des NDR von einer ‚Anstalt‘ zum serviceorientierten Unternehmen voran.“** Dieser Service findet in vielen kleinen, breit gestreuten und durchgängig von 6 bis 19 Uhr stattfindenden Hinweisen im Programm statt, die ein geschlossenes Musikprogramm unmöglich machen. Sie sind für die Hörer kulturelle Informationen (= „Service“), sie bestimmen aber auch gleichzeitig das Programm – entgegen dem Prinzip der Trennung von Werbung und Programm – immer mehr und sind mit Kultur- und Medienpartnern abgestimmt (= „Service“), deren vertragliche Beziehungen zum NDR im Verborgenen bleiben.

**Zu 1.:**

Der jetzige NDR-Rundfunkrat konstituierte sich am 24. Mai 2002, er hat eine Amtszeit von fünf Jahren und besteht aus 58 Mitgliedern. Zur Vorbereitung von Rundfunkrats- und Verwaltungsratsitzungen treffen sich die Mitglieder zu Vorbereitungen partei-orientiert in drei Arbeitsgruppen. Neben denen der CDU und der SPD gibt es noch die „Regenbogengruppe“, die der jetzt 2. Stellvertretende Vorsitzende, Dr. Karl-Heinz Kutz, nach eigenen Aussagen ins Leben gerufen hat. Für den neuen Rundfunkrat im Frühjahr 2007 wird es eine grundlegend neue Zusammensetzung geben, a. wegen der neuen Fraktionsverhältnisse in den vier Landesparlamenten, b. wegen der im letzten Staatsvertrag festgelegten Vereinbarung **„Die Länder sind sich darin einig, rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit des jetzigen Rundfunkrats eine Verkleinerung auf möglichst 45 bis 48 Mitglieder vorzunehmen und die Zusammensetzung gemäß § 17 zu prüfen.“**, wobei in der Presse mehrfach darüber berichtet wurde, wo der Initiator, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, die Verkleinerung vornehmen möchte: Es wird befürchtet, dass dann die politischen Vertreter noch mehr Gewicht im Rundfunkrat haben werden. Dieser neue Rundfunkrat wird nach dem jetzigen Stand der Dinge den Nachfolger von NDR-Intendant Prof. Jobst Plog wählen.

**Zu 3.:**

Über Staatsverträge und Gremienzusammensetzungen und -kompetenzen nehmen die Parteien und auch die Landesregierungen einen erheblichen Einfluss auf den NDR. Formal ist der NDR bzw. der Intendant in diesem Rahmen aber unabhängig,

auf die Verteidigung dieser Position verweist Prof. Plog ja immer wieder. Das Problem besteht aber auch zur anderen Seite. Im NDR herrscht eine Intendanten-Verfassung, der Intendant kann mit der Rückendeckung der Gremien sehr frei schalten und walten.

#### **Zu 4.:**

Anfang dieses Jahres – nach dem Erscheinen und der großen Resonanz des Buchs von Jürgen Bertram „**Mattscheibe – Das Ende der Fernsehkultur**“ und wegen der großen öffentlichen Zustimmung zur Kritik des GANZEN Werks – hat NDR-Intendant Prof. Plog eine interne Qualitätsdiskussion initiiert, von der die Öffentlichkeit aber kaum etwas erfährt (siehe Homepage der NDR-Betriebsgruppe von verdi). In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (12. Juli 2006) nimmt er mit folgenden Worten darauf Bezug: **„Ich selbst arbeite ja nicht journalistisch, aber ich versuche, Trends mitzusetzen. Im Augenblick führen wir im Haus eine Profilierungsdebatte. Verkürzt – und deswegen leider nicht ganz richtig – könnte man sagen: Qualität statt Quote.“** Es geht dabei vorrangig um das regionale Fernsehprogramm. Es bleibt abzuwarten, was da herauskommt.

#### **Zu 5.:**

Die Debatte des RBB-Rundfunkrats war nur oberflächlich betrachtet selbstkritisch, weil die Ursache der Mängel, die Programmphilosophie „Tagesbegleitprogramm“ ausdrücklich von der Kritik ausgenommen worden war. Vielmehr ging es um die zahlreichen und massiven handwerklichen Fehler.

Der jetzige NDR-Rundfunkrat ist zu einer kritischen Programmstellungnahme in Sachen NDR Kultur überhaupt nicht willens. Das zeigte sich schon beim einhelligen positiven Beschluss zum jetzt gültigen Konzept von NDR Kultur im Januar 2005. Das zeigte sich auch im Juni 2006, als der NDR trotz ursprünglicher Zusage an Das GANZE Werk dann doch nicht zur Podiumsdiskussion und zur Diskussion der DGW-Programmvorschläge am 8. Juni 2006 erscheinen wollte. Über den Programmausschuss und den Rundfunkrat hat uns Michael Plöger, der NDR-Verhandlungsführer (Hörfunkdirektion) am 2. Juni 2006 mitgeteilt:

**Es besteht nach Ansicht der Programmverantwortlichen und der zuständigen Gremien des NDR keinerlei Bedarf an einer „Überprüfung der Praxis und Überlegungen zu möglichen Alternativen“ unseres Kulturprogramms. Deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Reaktion der Gremien des Norddeutschen Rundfunks, Programmausschuss und Rundfunkrat, auf Ihre Initiative endlich zur Kenntnis nehmen wollten.**

**Zitat:** „Der Programmausschuss weist die von der Initiative ‚Das ganze Werk‘ erhobene Forderung nach Abspielen ganzer musikalischer Werke als ‚Weg in die Sackgasse‘ zurück. Ein öffentlich-rechtlicher Radiosender ist kein Konzertsaal und keine bloße Abspielstation für CDs. Es geht nicht darum, die Wünsche einzelner Hörer/Innen zu erfüllen, sondern ein Programm für alle Kulturinteressierten im Norden zu gestalten. Der Programmausschuss begrüßt und unterstützt die vom

NDR und der Redaktion eingeschlagene Richtung zur Reform von NDR Kultur ausdrücklich, die durch eine ausgewogene Mischung von Information, Unterhaltung und Musik gekennzeichnet ist.“

Diese Position, formuliert am 7. Dezember 2004, hat der Programmausschuss am 30. Mai d.J. noch einmal ausdrücklich bestätigt. Der Vorsitzende des Programmausschusses, Herr Birch, hat mit Zustimmung des gesamten Gremiums erklärt, er betrachte die Diskussion über die Reform von NDR Kultur als endgültig abgeschlossen.

Diese sture Ablehnung einer Diskussion mit uns über das Programm von NDR Kultur wurde einen Monat später faktisch vollends ins Lächerliche gezogen, als NDR-Intendant Prof. Plog in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt (5. Juli 2006) eine ganz neue Linie für die Kulturwellen-Diskussion öffentlich bekanntgab: „Man könnte nur als eine mögliche Entwicklungsidee gemeinschaftlich ein traditionelles Klassikprogramm machen und die regional ausgeprägten Klassikwellen noch stärker auf jüngere Zuhörer ausrichten.“

**Zu 6.:**

Das sollten sie, und zwar unbedingt und im Rahmen ihrer legalen und glaubwürdigen Möglichkeiten. Die formalen Möglichkeiten beschränken sich aber eigentlich nur auf Beschwerden, alles andere ist zurzeit abgeschottet. Wenn Mitglieder des Rundfunkrats sich zum Beispiel kritisch gegenüber dem NDR äußern, werden sie erst einmal zu einem Einzelgespräch beim Intendanten gebeten. Von den Sendern werden die Initiativen totgeschwiegen – was ihrer Pflicht zur Berichterstattung widerspricht.

Die Initiativen sind allein zu schwach und brauchen unbedingt die Unterstützung durch Prominente, Presse und Politiker.

**Zu 7.:**

Das wird wegen fehlender Zugriffsmöglichkeiten auf den Gebührenzahler-Datenbestand und wegen zu breit gestreuter Interessen der Gebührenzahler kaum möglich sein, auch müsste bedacht werden, dass die erste große Gruppe dann die Abschaffung der Gebühren fordert, weil sie sich ausreichend von den Privaten bedient fühlt.

**Zu 8.:**

Sehr, das wird uns aber nicht davon abhalten, im weiterhin bestehenden Kernbereich des Hörfunks mit überwiegend älteren Musik- und Kulturinteressierten für die Durchsetzung des Kultur-auftrags bei den Öffentlich-Rechtlichen einzutreten.

**Zu 9.:**

Die großen Mainstream-Verbände und die Parteien werden schon dafür sorgen, dass sie über die Medien einen Großteil der Bevölkerung erreichen können.